

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vorsitz: Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 2.

Berlin, Mittwoch, 7. Januar 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Ein lehrreicher Vergleich. — Eine böse Enttäuschung. — Industrielle Fürsorge in den Vereinigten Staaten. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Ein lehrreicher Vergleich.

Die Kunde der Reaktionäre nach Ausnahmegelegen gegen die Arbeiter sind in den letzten Wochen etwas verstummt. Offenbar will man sein Pulver nicht vorzeitig verschießen, sondern spart sich sein Material auf für die Beratung des konservativen Antrages, auf besseren Arbeitswilligkeit, der ja in nicht allzu ferner Zeit im Reichstages verhandelt werden wird. Dem früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann paßt diese Kunde jedoch nicht. Sein Name hatte früher einen guten Klang. Selbst in den Kreisen der Arbeiter, die nicht auf den extremen Flügeln rechts und links stehen, erreichte sich der Mann eines gewissen Ansehens. Aber er hat sich reich bemüht, den guten Klang zu verderben. Zuerst wurde Dr. Stresemann verdächtig dadurch, daß er, wenn auch etwas verblümt, Stimmung für die Gelsen zu machen versuchte. Noch in frischer Erinnerung ist ferner sein Auftreten im Industriestrat des Hansabundes, wo er der Urheber der arbeitereindlichen Beschlüsse war. So eilig hatte er es damit, daß er gar nicht die Entschließung des Direktoriums des Hansabundes abwarten konnte. Der Sturm gegen die Erklärung des Industriestrats war erstreulicherweise so stark, daß das Direktorium den Industriestrat so gut wie desavouiert hat. Eine solche Niederlage schmerzt natürlich, und so hat Dr. Stresemann denn einen anderen Weg gefunden, seinen scharfmacherischen Bestrebungen Ausdruck zu verleihen. Auf seine Veranlassung hat der Verband sächsischer Industrieller an das sächsische Ministerium des Innern eine Eingabe abgehandelt, in der u. a. gefordert wird:

„daß bei den 20 Polizeidienststellen und der Bandendarmee geeignete Beamte ausgebildet werden, um den örtlichen Polizeibehörden bei Streiks und Ausperrungen zur Verfügung zu stehen.“

Sehr interessant ist die Begründung der Eingabe, in der gesagt wird:

„Es unterliegt nach Meinung sachverständiger industrieller Kreise keinem Zweifel, daß ein Teil der Klagen sich beheben lassen würde, wenn es möglich wäre, die bestehenden Gesetze rasch und nachdrücklich zur Anwendung zu bringen. Nach den vorliegenden Erfahrungen dürfte darin nicht zu zweifeln sein, daß der Wille hierzu vorhanden sei. Aber es sei andererseits sicher, daß oft namentlich die örtlichen Polizeibehörden sich über die Möglichkeit des Einschreitens und den Umfang ihrer Befugnisse nicht allenthalben klar seien, daß ihnen auch vielfach geeignete Beamte, denen die äußerst schwierige Aufgabe der Überwachung der Streikposten anvertraut werden könnte, nicht zur Verfügung stehen, weshalb wiederholt von Arbeitgebern darüber Klage geführt worden ist, daß die Autorität der polizeilichen Organe den Streikposten gegenüber häufig keine allgroße sei. Diese Erscheinung lege den Gedanken nahe, für solche Fälle, in denen Streiks in größerer Ausdehnung stattfinden oder wo die zum Streik führenden Ursachen bestanden lassen, daß Gesetze und terroristisches Verhalten der Streikposten gegenüber unternehmen und Arbeitswilligen zu erwarten sind, besondere Beamte aus der Bandendarmee oder Landesstriminalbehörden zur Unterstützung der örtlichen Polizeibehörden ständig bereit zu halten. Diese Polizeibeamten würden, wie das bei der Landesstriminalbehörden bereits jetzt zu anderen Zwecken geschieht, besonders auszuwählen und für ihre Aufgabe besonders zu schulen sein. Die Bandendarmee sowie die Kriminalpolizei sind in der Bevölkerung als Einrich-

tung bekannt, die in besonderen Fällen, wo die Wahrung der Sicherheit und der Autorität des Gesetzes besonders gefordert erscheint, Verwendung finden.“

Es sollen also direkt Streikgendarmen geschaffen werden. Dr. Stresemann will Beamte drillen, gewissermaßen dressieren lassen lediglich auf Streikposten, damit sie nur ja recht scheidig vorgehen. Kann es jemand zweifelhaft sein, daß dadurch die wirtschaftlichen Kämpfe ungemein verbittert und verschärft werden müssen? Ist es nicht ferner jenenklar, daß auch die Unkenntnis solcher Beamten mit den örtlichen Verhältnissen und dem Charakter der Bevölkerung geeignet ist, Streiks eine viel schlimmere Wendung zu geben, als es der Fall wäre, wenn ortsanfällige Beamte eingreifen gestungen sind? Schon diese Andeutungen kennzeichnen den Widerfirt des Verlangens, auf das noch näher einzugehen sich wirklich nicht der Mühe verlohnt. Verschlechterung der Arbeiterrechte um jeden Preis, das scheint die Parole des Herrn Stresemann zu sein, der damit reichlich Anspruch erworben hat, in die berichtigte nationalliberale Kommission zur Prüfung des Arbeitswilligenschutes aufgenommen zu werden.

Dieser scharfmacherische Eifer ist eigentlich recht beschämend. Er ist ein Beweis dafür, daß man bei uns aus den Erfahrungen in anderen Ländern aber auch gar nichts lernt. Werse man doch einmal einen Blick nach England! Von einer Sozialdemokratie in unserem Sinne kann dort nicht die Rede sein. Sozialismus gibt es wohl, aber doch nur in recht beschränktem Umfange. Die liberale Gesetzgebung hat solchen Utopien den Boden entzogen, und das Bestreben der Regierung, neuerdings auch auf sozialpolitischem Gebiete vorwärtszukommen und andere Länder zu überflügeln, schlägt den sozialdemokratischen Agitatoren die besten Waffen aus der Hand. Im Gefühl ihrer Ohnmacht greifen sie zu den schärfsten Mitteln. Der Syndikalismus, wie er sich in Frankreich und auch in den Vereinigten Staaten breit macht, ist bemüht, auch in England aufzukommen. Mit viel geringem Erfolge, das zeigt das Schicksal Jim Larkins, des Führers im Dubliner Transportarbeiterstreik. Wir haben öfter Gelegenheit gehabt, das übernatürliche Auftreten des Mannes zu rügen, der mit schuld ist an der traurigen Lage der Dubliner Ausständigen. Seine Versuche, die englischen Arbeiter mitzureichen und sie gegen den Willen der Gewerksvereinsführer zu veranlassen, in den Massenstreik einzutreten, sind kläglich gescheitert. Mit zwei Millionen Stimmenmehrheit hat der außerordentliche Trade Unions-Kongress in London die Proklamation des Generalstreiks abgelehnt. Die gemäßigten Gewerksvereinsführer sind mit ihrer Ansicht durchgedungen, und sie wissen, daß sie die überwältigende Mehrheit ihrer Mitglieder hinter sich haben. Der Habitualismus oder der Syndikalismus, wie man ihn auch nennen mag, findet keinen Nährboden drüben, eben weil man auch von Regierungsseite den Arbeitern Entgegenkommen zeigt und ihren berechtigten Wünschen Rechnung trägt.

Bei uns ist es leider umgekehrt. Fortwährend Scharfmachereien treiben die Arbeiter gewalttätig in das rote Lager. Die reaktionären Scharfmacher sind in Wirklichkeit diejenigen, die den Umsturz fördern. Vielleicht tun sie dies absichtlich, weil sie einen gewaltsamen Putsch wünschen, um damit der Ausnahmegesetzgebung den Weg zu ebnen. Deshalb müssen die volksfreundlichen Parteien auf dem Posten sein und allen Maßnahmen, die eine Verschlechterung der bestehenden Zustände bezwecken, entschieden Widerstand entgegenzusetzen. Nur ein freibeitlicher

Ausbau der Gesetze ist imstande, den radikalen Strömungen Einhalt zu bieten. Wer daran mitwirkt, erwirbt sich ein Verdienst nicht nur um die deutsche Arbeiterchaft, sondern um die geistliche Entwicklung unseres deutschen Wirtschaftslebens.

Eine böse Enttäuschung.

Der Ausgang des Prozesses um die Gewerkschaftsengpflanz, der den angeklagten sozialdemokratischen Redakteuren zum Teil recht empfindliche Geldstrafen eintrug, konnte, rein äußerlich betrachtet, als ein Erfolg der christlichen Gewerkschaften angesehen werden. Sie selbst wenigstens haben ihn so aufgefaßt oder doch so getan. In allen Lokorten wurde in der christlichen Presse und auch in den Tageszeitungen, selbst bis tief in den liberalen Wäldern hinein, das Lob der Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften gesungen. Dabei kam ihnen ein Moment sehr zufluten. In der Generalversammlung der Präsidens der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine der Erzdiözese Köln am 18. Dezember hatte der Kölner Erzbischof Dr. v. Hartmann eine Ansprache gehalten, aus der eine den christlichen Gewerkschaften ungewöhnlich freundliche Gesinnung sprach. Ungewöhnlich freundlich deshalb, weil Erzbischof Dr. v. Hartmann vorher niemals einen Zweifel daran gelassen hatte, daß er viel mehr auf dem Boden der katholischen Fachabteilungen Berliner Richtung stehe. Es mußte deshalb berechtigtes Erschaun hervorgerufen, daß jener hohe Prälat in der erwähnten Generalversammlung nach einem Bericht der „Köln. Volkszeitung“ folgende Ausführungen machte:

Ein bestimmtes Gebiet der kirchlichen Anschauungen hat der Heilige Vater berührt in der Engpflanz Singulari quadam. Er hat dort die Vereinigungen für wirtschaftliche Lösung des Arbeiterstandes auf konfessioneller Grundlage bevorzugt. Allein im Westen Deutschlands sind einmal die Arbeiter interkonfessionell organisiert, und wir würden die größte Bewunderung anrichten, wenn wir gegen diesen tatsächlichen Bestand angehen wollten. Darum hat der Heilige Vater ausdrücklich gestattet, daß die katholischen Arbeiter diesen interkonfessionellen Vereinigungen beitreten können, und gegenüber der Tatsache, daß 800.000 katholische Arbeiter den sozialdemokratischen Organisationen angehören, haben wir die Pflicht, unter unseren Verhältnissen die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Man kann es verstehen, daß diese Ausführungen als „ein recht erlösendes Wort bezüglich einer recht brennenden Frage“ bezeichnet wurden. Sie waren Balsam auf das zerrissene Herz der christlichen Gewerkschaften. Daß sie das Wort in ihren Organen weidlich für sich auszusprechen suchten, ist selbstverständlich. Um so herber aber mußte die Enttäuschung sein, die ihnen durch eine vom Erzbischof Dr. v. Hartmann gegebene Interpretation bereitet wird. Dieser hat nachträglich an den Leiter der Generalversammlung, Dr. Müller, ein Schreiben gerichtet, das in den Freudentelch der Christlichen recht bittere Tropfen mischt. Dr. v. Hartmann schreibt nämlich, wie die „Köln. Volksztg.“ mitteilt:

„Die Ansprache, welche ich am 18. vorigen Monats an die Präsidens der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine des Erzdiözese gehalten habe, ist hier und da in der Presse so aufgefaßt worden, als hätte ich mich, indem ich die Förderung der christlichen Gewerkschaften unter unseren Verhältnissen empfahl, in Widerspruch gesetzt mit der Engpflanz Singulari quadam, die die wirtschaftlichen Arbeitervereinigungen auf katholischer Grundlage auf jede Weise gefördert wissen will, während die auf gemischter Grundlage nur gebildet sind. Ich glaube, überzeugt sein zu dürfen, daß nie-

mand von denen, die meine Ansprache hörten, sie so verstanden, daß es mir lebendig darum zu tun war, unsere katholischen Arbeiter vor der drohenden Gefahr sozialistischer Verführung und vor dem damit unermesslich verbundenen Wafal vom Glauben zu schützen. Darum habe ich, weil wir hier in unserer Gegend keine katholischen Arbeiterorganisationen besitzen, die Präbides angehalten, den Eintritt der katholischen Arbeiter in die christlichen Gewerkschaften zu fördern. Auf die Gefahren, die mit diesen verbunden sind, habe ich nachdrücklich hingewiesen und zugleich auf das eindringlichste eingewirkt, daß sie die Pflicht hätten, nach den Weisungen des Heiligen Vaters Sorge zu tragen, daß die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften unsern Arbeitervereinen beitreten. Darin liegt der Schwerpunkt meiner ganzen Ansprache. Die christlichen Gewerkschaften auf Kosten der katholischen wirtschaftlichen Organisationen zu empfehlen, hat mit gänzlich ferngelegen. Hinsichtlich der Bewertung beider in Theorie und Praxis steht für jeden Katholiken die päpstliche Enzyklika selbstverständlich maßgebend. Das von mir betonte „in necessariis unitas“ — treues Festhalten an den Vorschriften des Heiligen Stuhles — gilt auch hier.“

Dieser Brief ist eine in milden Tönen gehaltene, aber darum nicht minder deutliche Abtoge an die Christlichen. Er steht im schroffen Gegensatz zu den Aeußerungen in der Generalversammlung der katholischen Arbeiter- und Annapendvereine und läßt den Verdacht aufkommen, als wenn er von irgendeiner anderen Stelle inspiriert worden sei. Die Grundtendenz ist: Die christlichen Gewerkschaften sind noch wie vor nur geduldet. Sie werden angesehen als das kleinere Uebel gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Dr. v. Hartmann hebt ausdrücklich hervor, daß auch er die katholischen Arbeitervereine auf jede Weise gefördert wissen will, während die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften nur geduldet sind. Gabe es in seiner Diözese katholische Fachabteilungen, so würde er unweigerlich den Beitritt zu diesen empfehlen. Nur weil solche nicht existieren, sollen die katholischen Arbeiter auch in die christlichen Gewerkschaften eintreten dürfen. Aber, so wird gesagt, das ist mit Gefahren verbunden, und deshalb sollen die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften die Pflicht haben, auch den katholischen Arbeitervereinen beizutreten. Worin diese Gefahren liegen, ist ganz klar, nämlich in dem Zusammenarbeiten mit den evangelischen Arbeitern.

Man darf gespannt sein, wie diese sich zu dem Briefe des Dr. v. Hartmann stellen. Wer aber unter diesen Umständen noch an eine Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften von der katholischen Christlichkeit glaubt, der ist um seine Mitarbeit zu beneiden. Wie lange werden wohl die christlichen Gewerkschaften diese Stellung ertragen? Sollte sich nicht endlich doch die Erkenntnis bei ihnen durchringen, daß einzig und allein die völlige politische und kirchliche Unabhängigkeit die Vorbedingung für ein ertriefliches gewerkschaftliches Wirken ist?

Industrielle Fürsorge in den Vereinigten Staaten.

Die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern haben in den letzten beiden Jahren bemerkenswerte Veränderungen erfahren. Früher schien der Arbeitgeber völlig seine Pflicht getan zu haben, wenn er die Löhne regelmäßig auszahlte und nicht versuchte, dieselbe unter den Trade Union Standard herunterzudrücken. In keinem anderen Lande war der Arbeitsvertrag so sehr Kaufvertrag wie hier. Die Arbeitgeber, die auch ein patriarchalisches Interesse an ihren Arbeitern nahmen, ihre Lage zu bessern, Sparlichkeit zu fördern und ihnen angenehmere Umgebung bei der Arbeit zu verschaffen suchten, bildeten die Ausnahme, und ihre Verbindungen mit den Arbeitern wurden in dem Maße geringer, als an ihre Stelle die Aktiengesellschaften mit ihren Direktoren und Beamten traten.

Die Veränderungen der vergangenen Jahre sind kaum darauf zurückzuführen, daß die Arbeitgeber humaner oder generöser geworden sind. Die Wahrheit ist, daß sie eingesehen haben, wie gut sich manche Einrichtungen, die einen humanitären Anstrich tragen, bequämen. Ein zufriedener Arbeiter wird mehr und bessere Arbeit leisten als ein unzufriedener. Sellere, saubere und dunstfreie Arbeitsräume in angenehmer Umgebung machen den Arbeiter zufriedener, und anständige Behandlung sichert die Anhänglichkeit, die eine Vorbedingung zufriedenster Arbeitsleistung ist. Diese Gründe und der Einfluß der öffentlichen Meinung haben es fertig gebracht, daß heute fast jede größere

Firma eine beträchtliche Menge Zeit und Geld für die Durchführung von Fürsorge- oder Wohlfahrts-einrichtungen aufwendet.

Das Regierungsdepartement für Arbeiterwesen hat einen Bericht über industrielle Fürsorge veröffentlicht, der von Dr. Elizabeth Lewis Drey zusammengestellt worden ist. In der Einleitung wird darauf hingewiesen, daß ein Teil der Arbeiter sich gegen derartige Wohlfahrtspflege wendet, weil sie einen Geist der Abhängigkeit unter den Arbeitern großziehe, der die volle geistige und moralische Entwicklung des Arbeiters hindere. Außerdem würden die Wohlfahrts-einrichtungen auf Kosten der Löhne geschaffen. Es sei besser, keine Wohlfahrts-einrichtungen, aber dafür höhere Löhne zu haben. Dr. Drey weist darauf hin, daß die Voraussetzungen dieses Arguments sich nicht nachprüfen lassen und daß z. B. in der Baumwollindustrie der Südstaaten das Vorhandensein oder das Fehlen von Wohlfahrts-einrichtungen keinen Einfluß auf die Lohnhöhe hat. In einem Lande, wo die Löhne so hoch und die Trade Unions so machtvoll sind wie in den Vereinigten Staaten, seien Ausgaben für Wohlfahrts-einrichtungen nur ein indirekter Zuschuß zum Lohn.

Die industrielle Fürsorge wird jetzt nach bestimmten, umfassenden Plänen durchgeführt, die den besonderen Erfordernissen der einzelnen Fabrik entsprechend modifiziert werden. Eine der ersten Firmen, die ein eigenes Bureau für Wohlfahrts-einrichtungen schuf und die in ihren Aufwendungen für derartige Zwecke äußerst liberal ist, hat ihre Werke in Dayton (Ohio). Der Bericht gibt zwar den Namen der betreffenden Fabrik nicht an, aber man wird kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß es sich hier um die „National Cash Register Co.“ handelt.

Diese Firma hat ein Fürsorgebureau, in dem acht Personen beschäftigt sind. Diese haben darauf zu achten, daß die Arbeitsräume hell, lustig und sauber gehalten werden. Die Aborte und Waschräume haben männliche bezw. weibliche Aufseher; Seife und Sandtücher werden frei geliefert, und jeder Angestellte darf wöchentlich ein freies Bannen- oder Brausebad von 25 Minuten Dauer während der Arbeitszeit nehmen. Die weiblichen Arbeiter erhalten zweimal wöchentlich reine Schürzen und Ueberärmel, und jeder Arbeitsaal, in dem Frauen und Mädchen beschäftigt sind, hat ein „Ruhezimmer“, in welchem sich Rubefessel, Chaiselongues, ein Piano und eine Anzahl von Balmen und anderen Gewürchen befinden, deren Geruch einen wohlthunenden Einfluß auf Augen und Nerven ausübt. Am Vor- und Nachmittag dürfen die Arbeiterinnen sich je zehn Minuten in diesem Raum ausruhen. Mahlzeiten liefert die Gesellschaft zum Selbstkostenpreis. Ein Arzt, eine Pflegerin und ein Krankenwärter sind stets in der Fabrik anwesend. Alle Arbeiter, die eingestellt werden wollen, werden vom Arzt untersucht und, wenn sie an Tuberkulose oder einer anderen ansteckenden Krankheit leiden, zurückgewiesen.

Die Gesellschaft hatte einen geselligen Klub für ihre männlichen Arbeiter gegründet, der jetzt von den Lehrern selbst verwaltet wird. Ein großer Saal wird für Vorträge, Tänze usw. benutzt, und eine Reihe anderer bequemer Räume ist dem größeren angegliedert. Ein Teil des Gebäudes enthält die Mädchenschule und die Unterrichtsklassen für Lehrlinge. Die männlichen Lehrlinge arbeiten am Tage in der Fabrik und müssen des Abends am Unterricht teilnehmen. Alle sechs Monate wird eine Prüfung vorgenommen, bei der Breite zur Verteilung gelangen. Von anderen Einrichtungen seien erwähnt die Hilfskasse, eine Bibliothek von 26 000 Bänden, Barbierstuben usw.

Eine Farbenfabrik in Dayton hat ähnliche Einrichtungen, wenn auch nicht in solchem Umfange wie die erstere getroffen. Hier sei erwähnt, daß bei der Bleiweißfabrikation die Männer nur dreihalf Tage beschäftigt werden und dann für drei Monate in eine andere Abteilung kommen. Der leitende Direktor der Firma starb vor einigen Jahren und bestimmte, daß sein Aktienbesitz im Tross gehalten werden solle. Die Dividenden sind jährlich an die Arbeiter zu verteilen, und zwar in einer Weise, daß die höchstbegabten nicht auch den höchsten Bonus erhalten. Die Summen, die an die einzelnen Arbeiter jährlich zur Auszahlung gelangen, bewegen sich zwischen 60 und 800 Mark.

Eine Versicherungs-gesellschaft, die in ihren New-Yorker Bureaus 4100 Personen, meist weibliche, beschäftigt, gibt diesen täglich freie Mahlzeit; die Kosten hierfür betragen jährlich 640 000 Mark. Die Firma ist nicht gerade wegen ihrer philanthropischen Neigungen bekannt; die Mittagspause wird dadurch auf 35 Minuten herabgedrückt und die Bureaus können eine halbe Stunde früher geschlossen werden als bei den anderen Gesellschaften.

Das Mindestgehalt einer weiblichen Angestellten ist 36 Mark pro Woche. Vor der Anstellung erfolgt eine ärztliche Untersuchung und eine kurze Prüfung in Englisch und Arithmetik. Die Gesellschaft unterhält eine Turnhalle, einen Spielplatz auf dem Dache und eine vorzügliche Bibliothek. Ein Arzt und eine Krankenschwester sind ständig anwesend.

Zum Schluß seien noch die Einrichtungen eines New-Yorker Warenhauses erwähnt. Die Fürsorge-tätigkeit liegt hier in den Händen eines weiblichen Sekretärs. Die Direktion hat dieser Dame Anweisung gegeben, den Angestellten nicht zu helfen, wenn diese nicht selbst Hilfe wünschen, damit nicht der Eindruck erweckt wird, daß die Unabhängigkeit der Mädchen irgendwie beeinträchtigt werden soll. Die Sekretärin besucht die Angestellten in ihren Wohnungen, wenn sie erkrankt sind, und hat einen Fonds zur Verfügung, aus dem sie überall zu helfen sucht, wo es sich als notwendig erweist. Eine ihrer größten Pflichten ist die Erziehung der Mädchen zur Tüchtigkeit. Sie erhält eine Liste derjenigen, deren Verkäufe sich unter dem Durchschnitt der betreffenden Abteilung bewegen. Sie spricht darüber mit den Angestellten und sucht so vielfach wie möglich den Grund auszufinden und ihn zu beseitigen. Die Mittagsmahlzeit wird für Augenblicke frei, für Erwachsene zum Selbstkostenpreise geliefert, und diejenigen jungen Mädchen, bei denen es zweckmäßig ist, erhalten zwei Mahlzeiten. Alle üblichen Erholungs-einrichtungen usw. sind vorhanden. Eine Hilfskasse besteht, aus der Darlehen gegeben werden, und trante Mitglieder werden auf Kosten der Kasse auf Erholungsreisen gesandt.

Dies sind nur einige Beispiele der vielen Einrichtungen, die für die einzelnen Industrie- und Gesellschaftszweige charakteristisch erscheinen. Mag auch vielleicht bei allen der Verbeßerung des geschäftlichen Interesses unter dem Mantel der sozialen Fürsorge erscheinen, so können, mit Rücksicht auf die fehlende geistliche Sozialpolitik, vom Standpunkt der Arbeiter und Angestellten derartige Einrichtungen immerhin begrüßt werden, vorausgesetzt, daß die Löhne nicht unter den Trade Unions Standard oder den üblichen Durchschnitt sinken und daß nicht versucht wird, eine industrielle Sörigkeit herbeizuführen. S. A. W., London.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 6. Januar 1914.

Die Tätigkeitsberichte der Ortsverbände sind in der letzten Woche nicht so zahlreich eingegangen, wie es wünschenswert wäre. Wir richten deshalb heute zum letzten Male an die Ortsverbands-schriftführer das Ersuchen, der ihnen obliegenden Pflicht möglichst bald nachzukommen. Es geht nicht an, daß die Ortsverbandsberichte allzu spät veröffentlicht werden. Wie schon mitgeteilt worden ist, soll die Veröffentlichung in der ersten Hälfte des Februar erfolgen. Die Berichte müssen aber durchgesehen und druckfertig gemacht werden; darüber vergeht ziemlich viel Zeit. Wir bitten deshalb um möglichst umgehende Einsendung. Die Berichte werden bekanntlich in einer besonderen Beilage zum „Gewerbverein“ veröffentlicht und gelangen natürlich in der Reihenfolge zum Ausdruck, wie sie in der Redaktion eingehen. Man wird daran also erkennen können, welches die eifrigsten und pflichteruesten Ortsverbands-schriftführer sind. Also nochmals, frisch ans Werk!

Soziale Wahlen. Bei den Wahlen zu den Krankenkassen ergab die Gewerksvereiner nachstehende Resultate: Betriebskrankenkasse Eisenwerk Wülkel bei Hannover 1 Ausschüßmitglied, 2 Vertreter; Betriebskrankenkasse Oppenheim u. Co. in Hannover: 4 Ausschüßmitglieder, 8 Vertreter, 1 Vorstandsmittelglied; Betriebskrankenkasse Serfing in Hildesheim 1 Ausschüßmitglied, 1 Vertreter, 1 Vorstandsmittelglied; Betriebskrankenkasse Alhorn in Hildesheim 1 Ausschüßmitglied, 4 Vertreter; Betriebskrankenkasse der Germaniawerk in Kiel-Garden 1 Ausschüßmitglied, 2 Vertreter; Betriebskrankenkasse Eisenhütte Holtzin in Audorf bei Remsburg 1 Vorstandsmittelglied; Ortskrankenkasse Braunschweig 1 Ausschüßmitglied; Betriebskrankenkasse der Weserbütte in Deynhaußen 10 Ausschüßmitglieder, 20 Vertreter, 2 Vorstandsmittelglieder. In Ansbach sind die Gewerksvereiner bei den Krankenkassenwahlen mit verschiedenen örtlichen Vereinigungen zusammengewandert. Das Ergebnis war, daß von insgesamt 96 Vertretern in der Ortskrankenkasse und den Betriebskrankenkassen 45 Mitglieder der Gewerksvereiner gewählt worden sind. In den Betriebskrankenkassenvorständen kommen 3 Gewerksvereinsmitglieder, in den Betriebskrankenkassenvorständen ebenfalls 3. — Bei der Wahl zur Orts-

Frankenkasse in Schkeuditz wurden unter den 20 Ausschußmitgliedern 4 Mitglieder der Gewerksvereine gewählt, als Ersatzmänner 8 Gewerksvereiner. In den Vorstand gewählt wurden zwei unserer Kollegen. — Bei den Wahlen für den Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Potsdam hat unser Ortsverband mit dem evangelischen Arbeiterverein, dem katholischen Gesellenverein, dem Frauenverein und den Heimarbeiterrinnen eine gemeinsame nationale Liste aufgestellt mit dem Erfolge, daß davon 16 Vertreter gewählt wurden. In den Ausschuß kamen 2 Gewerksvereiner, in den Vorstand einer.

Wer mit der Reform des Arbeitsrechts! Wie berechtigt Dr. Fleisch das heutige Arbeitsverhältnis als ein Gewaltverhältnis zu bezeichnen hat, das beweist ein Fall, der nach dem Dortmund Amtsblatt in der „Soz. Prax.“ geschildert wird. In einer Sitzung der Gemeindevertretung des Strichs, in der die Eingemeindung des Ortes nach Menge besprochen wurde, äußerte sich ein auf der Seite Adolf von Hansemann beschäftigter Gemeindevertreter gegen die Eingemeindung des Strichs. Er erklärte, daß die Stimmung in seinen Bekanntkreisen allgemein nicht für eine Eingemeindung sei und daß man entschieden von ihm verlangt habe, dem Wünsche der Zechenpartei, für die Eingemeindung zu stimmen, nicht zu folgen. Dieser Gemeindevertreter, der in der Nähe der Zeche ein kleines, seit altersher der Familie gebührendes Anwesen besitzt, und der seit 19 Jahren ununterbrochen zur Zufriedenheit seines Arbeitgeber auf Zeche Hansemann als Schichtbauer gearbeitet hat, erhielt kurz nach dieser Gemeindevorstellung folgendes Schreiben ins Haus gebracht:

„Menge, den 14. November 1913.“

„Mit dem heutigen Tage ist Ihnen Ihr Arbeitsverhältnis zur Zeche Adolf von Hansemann gekündigt. Ihr Austritt hat demnach mit Schluß des Monats zu erfolgen.“

Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktien-Gesellschaft.
Der Betriebsführer: gez. R.

Das Dortmund Amtsblatt bemerkt dazu mit Recht:

„Ein derartig rigoroses Vorgehen kann nur tiefgehende Erbitterung hervorgerufen, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn durch solche Maßnahmen Staatsbürger, die bisher für die nationale Sache mit allen Kräften eingetreten sind, der Sozialdemokratie in die offenen Arme getrieben werden. Nicht ohne Grund ist bei jeder Wahl eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen zu konstatieren. Aber der Terrorismus der Zechenpartei geht noch viel weiter. Gemeindegemeinschaften, die den Protest gegen die geplante Eingemeindung unterschrieben haben, sind dieserhalb zur Verantwortung gezogen worden, und wenn sie keine genügende Entschuldigung vorbringen konnten, wurde ihnen die Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis der Zeche angedroht. Kein Handwerker oder Geschäftsmann, der von der Zeche abhängig ist, sein glaubt, mag seine Ansicht frei und offen auszusprechen, weil er befürchten muß, in seinen Erwerbsverhältnissen geschädigt zu werden.“

Weiter berichtet das Amtsblatt, daß der Amtsvorsteher von den Zechenvertretern in der Gemeindevertretung als Amtsvorordneter nicht wiedergewählt worden sei, weil er sich von der Zweckmäßigkeit der Eingemeindung nicht habe überzeugen können. Statt seiner habe sich der Oberinspektor der Zeche gewählt und wählen lassen. Von sieben Mitgliedern des Gemeindevorstands seien vier Zechenbeamte. Derartige Verhältnisse sind im Industriegebiet keineswegs selten. Sie sind nicht nur eine treffliche Illustration zu dem Kapitel vom Terrorismus gegen Arbeitswillige, sondern auch ein Beweis für die dringende Notwendigkeit der Reform des Arbeitsrechts.

Arbeiterbewegung. In der Münchener Schlußkonferenz ist am Ende des Jahres der Tarifvertrag abgelaufen. Die Zugeständnisse für den neuen Tarif seitens der Unternehmer sind so gering, daß sie von den Arbeitern abgelehnt wurden. Daraufhin wollten die Unternehmer einfach den alten Vertrag verlängern. Auch darauf sind die Arbeiter nicht eingegangen, sondern sie haben befristet, einstmals ohne Tarif zu arbeiten. In der „Monachia“, der größten Münchener Schuhwarenfabrik, die allerdings außerhalb des Fabrikantenringes steht, ist es bereits zur Arbeitsniederlegung gekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung in der gesamten Münchener Schuhindustrie zum Kampfe führt. — Im städtischen Orchester zu Görtlich glaubten die Musiker schon längere Zeit Ursache zu klagen über schlechte Behandlung zu

haben. Die Differenzen haben sich schließlich derartig verschärft, daß am Neujahrstage die Hälfte der Musiker den Dienst verlagte und einfach nicht zum Konzert erschien, so daß eine Programmänderung eintreten mußte. — In mehreren größeren Städten von Rheinland und Westfalen, wie Bochum, Düsseldorf, Dortmund und Gagen hat der Arbeitgeberverband des Tapezierergewerbes den am 15. Februar abgelaufenen Tarifvertrag gekündigt. Er hat offenbar die Absicht, eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß es im Tapezierergewerbe zu einem umfangreichen Kampfe kommt.

Der Kampf der Buchdrucker in Desterreich nimmt seinen Fortgang. Die Gehilfen haben, nachdem die Hoffnung auf eine Verständigung für das ganze Land gescheitert ist, den Prinzipalen ihre Forderung einzeln übermittelt. Verschiedene Betriebe haben sich mit den Arbeitern geeinigt, so daß etwa 3000 Gehilfen zu neuen Bedingungen tätig sind. Die übrigen Firmen sind eifrig bemüht, mit allen Mitteln Arbeitswillige auch aus dem Auslande heranzuziehen.

Die Lebensmittel sind noch nicht teuer genug. Deshalb machen die Agrarier neuerdings Propaganda für einen Schutzoll auf Milch und Rahm. Anlaß dazu gibt die Tatsache, daß die Einfuhr von Rahm in den Jahren 1909—1912 von 136 000 auf fast 420 000 Doppelzentner angewachsen ist. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, erblidt darin eine Umgehung des Butterzolls, da der eingeführte Rahm in Deutschland zu Butter verarbeitet werde. Deshalb bühne durch die Zollfreie Rahmeinfuhr die Reichskasse jährlich 3 Millionen Mark an Butterzoll ein.

Mit Recht bemerkt dazu die „Freie Ztg.“, daß das eine willkürliche Rechnung sei. Selbst wenn wirklich der ausländische Rahm nur zur Butterproduktion diene, so bestände doch nicht die geringste Sicherheit dafür, daß, wenn ein Schutzoll die Einfuhr von Rahm unmöglich machte, ein entsprechendes Quantum Butter mehr eingeführt würde. Höchstwahrscheinlich würde das bei den hohen Butterpreisen unterbleiben, und die Wirkung würde sein, daß die Reichskasse keine nennenswerte Mehreinnahme hätte, während eine große Anzahl von deutschen Konsumenten auf die Butter verzichten und dafür Margarine essen müßten. Außerdem wird bei der Berechnung ganz außer Betracht gelassen, daß die zur Verarbeitung ausländischen Rahms in Deutschland gegründeten Butterfabriken doch auch Steuern und Abgaben zahlen, daß Arbeiter darin beschäftigt werden und ihr Brot dort finden, die ihrerseits wieder Gewerbetreibenden und Hausbesitzern Verdienst verschaffen.

Ähnlich verhält es sich mit der eingeführten Milch. Ihre Menge ist von 1909—1912 um 40 000 Doppelzentner gestiegen. Nun kann die Milcheinfuhr aus ganz natürlichen Gründen, da sich die Milch nicht über allzu weite Entfernungen transportieren läßt, stets nur eine beschränkte Bedeutung haben. Trotzdem, wie gesagt, wollen die Agrarier Schutzzölle auf die beiden Nahrungsmittel legen, und zwar mindestens 4 Mk. auf 100 Kilo Milch und gar 15 Mk. für 100 Kilo Rahm. An allzu großer Bescheidenheit also leiden die Herren nicht. Glücklicherweise wird ja wohl dafür gesorgt sein, daß der Reichstag diesen unverschämten Forderungen kein Gehör schenkt.

Ueber die Frauarbeit in England macht die „Frankf. Ztg.“ nach der Ioben in London erschienenen amtlichen Statistik über die jüngste Bevölkerungszählung in England und Wales interessante Angaben. Danach beläuft sich die Zahl der im Erwerbleben arbeitenden Frauen und Mädchen über 17 Jahren auf nicht weniger als 4 830 734; darunter befinden sich 2 895 489 unverheiratete Frauen und 411 011 Witwen. Heute gibt es, nach der erwähnten Statistik, nur noch 28 Berufsgruppen, in denen ausschließlich Männer arbeiten; in alle anderen Gebiete ist die Frauarbeit eingedrungen, ja sie wächst in manchen Berufen zu hohen Zahlen an, die zeigen, in welchem Maße die Konkurrenz der Frau auf dem Arbeitsmarkt zugenommen hat. Freilich, zwei Berufe gibt es, in denen die Frauen ein unbedingtes Monopol besitzen: die 24 001 Aufwärterinnen und die 126 061 Schmeierfrauen, haben sich über männliche Konkurrenz nicht zu beklagen. Die Regierung beschäftigt 31 500 Frauen in Beamtenstellungen, die städtischen Behörden 19 400. Im übrigen ist es interessant, daß man in England

und Wales bereits 477 praktizierende Kerzinnen zählt. In der Kunst und im Kunstgewerbe rückt die Zahl der Frauen denen der Männer bereits bedenklich nahe; man hätte nicht weniger als 4202 Malerinnen und Bildhauerinnen, gegenüber 4717 Männern. In der Literatur und in der Wissenschaft begnügen sich die Frauen einstmals mit 5689 Vertreterinnen ihres Geschlechtes gegenüber 25 000 Männern. Im photographischen Berufe zählte man nahezu 12 000 Männer, aber auch bereits 5016 Frauen. Die Leberzahl besitzen die Frauen schon heute im musikalischen Berufe (24 272 Musikerinnen, Musiklehrerinnen und Sängerrinnen gegenüber 22 844 Männern), und auf der Bühne, wo man 9171 Schauspielerinnen und nur 9076 Schauspieler zählte. Im häuslichen Gewerbe sind die Frauen naturgemäß in großer, nahezu fünfzehnfacher Ueberzahl. Im Apotheker- und Drogerienberufe arbeiten 5390 Frauen. Den 122 000 Schneiderinnen stehen 127 000 Schneider gegenüber, den 984 Gutmachern 66 500 Gutmacherrinnen. Interessant aber ist es, daß auch im Tuchhandel die Zahl der Frauen denen der Männer näher rückt — 101 000 Männer und rund 90 000 Frauen — und daß den 54 000 Männern die eigene Ladengeschäfte unterhalten, bereits über 50 000 Frauen gegenüberstehen. 2517 Frauen betreiben Handleibgeschäfte. Noch einige Kuriositäten: man zählte in England und Wales 3 weibliche Seifliche, 1 Aufwärterin, 3 weibliche Stallknechte, 605 weibliche Köche, Steuerfrauen und Bootsfrauen, 42 Kohlenträgerinnen, 6 Schäferinnen, 2 weibliche Förster, 4 Schreinerinnen, 14 weibliche Maurer, die als Vorarbeiter tätig sind, und 166 Maurerinnen, 86 Fleischerinnen und 3 Kanalarbeiterinnen. Im Fleischerberufe arbeiten in England und Wales 11 881 Frauen, doch läßt sich bei diesem Berufe aus der Statistik nicht ersehen, wie groß die Zahl der Frauen ist, die selbständig in diesem Gewerbe tätig sind.

Die englischen Arbeiter und die politische Lage. Obwohl die englische Arbeiterpartei noch immer zur Regierungsmehrheit zählt und auch die Liberalen gegenüber den Konservativen stets unterstützt, macht sich in den Arbeitermassen doch eine Abkehr vom Liberalismus und vom Bündnis mit den Liberalen bemerkbar. Diese Stimmung fand ihren ersten Ausdruck in einer heftigen Kritik der Haltung, die die Angeordneten der Arbeiterpartei im Parlament einnahmen. Die letzteren konnten ihre Stellungnahme zwar aus den Umständen erklären und verteidigen, aber in den breiten Massen blieb doch die zweifelhafte Stimmung siegreich gegenüber den logischen Vernunftgründen.

Die Folgen davon sieht man in den Resultaten der Stichwahlen zum Unterhause. Die Arbeitermassen drängen in den Wahlkreisen auf Aufstellung eigener Kandidaten oder — soweit sie politisch ungeschult sind — sie stimmen für den konservativen Gegner des ministeriellen Kandidaten. Eine Reihe von Wahlkreisen ging den Liberalen verloren, weil die Arbeiter einen Sonderkandidaten aufstellten. In einem anderen Wahlkreise hatte die Arbeiterpartei beschlossen, den Konservativen zu unterstützen. Als Gründe hierfür wurden angegeben: „1. Die Verwendung von Militär anlässlich der kürzlichen Streiks, 2. die Indifferenz der Regierung gegenüber dem Glend in Dublin, 3. die Weigerung der Regierung, den Forderungen der Bergarbeiter in der Lohnfrage zu entsprechen, 4. die Vertagung der politischen Rechte für Frauen, 5. die unbefriedigende Methode der Bekämpfung der Monopole und sozialer Uebel. Diese Gründe mögen nun wohl für die Aufstellung eigener Arbeiterkandidaten genügen, aber die Unterstützung des konservativen läßt sich logisch kaum begründen. Denn die Führer der konservativen Partei haben noch zu beweisen, daß sie Sozialreform treiben wollen, während die Liberalen diesen Beweis geliefert haben. Und trotzdem weiseln die Arbeiter jeden konservativen Sieg. Seit den letzten allgemeinen Wahlen haben 60 Stichwahlen stattgefunden. Hierbei haben die Liberalen 9 Siege, die Arbeiterpartei 3 Siege infolge ihres Bruderschwundes verloren, und die Majorität der Regierungskoalition ist von 126 auf 102 heruntergegangen. 80 Stimmen aus den 102 gehören den irischen Nationalisten. Solange diese die Liberalen unterstützen, ist an einen Sieg der Konservativen nicht zu denken, aber viele Iren sind oft abwesend, und wenn die nächsten Wahlen einen Verlust von 50 weiteren Stimmen für die Regierungskoalition bringen, so ist die Gefahr einer Ueberstimmung leicht gegeben. Die konservative Regierung, die dann folgen wird, kann kaum lange andauern. Die ganze Regierungs-

